

Resolution für die Zukunft der Industrie

Transformation mit Augenmaß

Ausgangssituation

Deutschland befindet sich im zweiten Rezessionsjahr. Die deutsche Industrie und gleichermaßen damit auch die regionale Industrie im Bezirk der IHK zu Dortmund befinden sich in einer schwierigen Gemengelage, die im Wesentlichen durch geopolitische Unsicherheiten, weiterwachsenden nationalstaatlichen Protektionismus und deutsche strukturelle Defizite geprägt werden. Gleichzeitig macht der Klimawandel die Transformation der Industrie in die Klimaneutralität notwendig. Vorgabe der Politik ist es, dieses Ziel bis zum Jahre 2045 zu erreichen.

Die insbesondere auf Export ausgerichtete Industrie, die durch den Mittelstand geprägt ist und das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft darstellt, kann nur international erfolgreich sein, wenn sie wettbewerbsfähige, hoch innovative und im Markt nachgefragte Erzeugnisse produzieren kann. Nur eine wirtschaftlich prosperierende und resiliente Industrie ist in Lage, die Transformation zu Klimaneutralität erfolgreich durchzuführen.

Die Ursachen für die aktuell angespannte Situation der Industrie sind vielschichtig, insbesondere sind die im internationalen Vergleich zu hohen Energiekosten, eine zu geringere Produktivität, zu hohe Lohnnebenkosten und Steuern, eine lähmende Regulatorik und das schwindende Vertrauen in die Stabilität der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie die jahrelang stark vernachlässigte Infrastruktur hier zu erwähnen.

Anlass zur Sorge gibt auch die zu beobachtende Entwicklung, dass der bisher als ortstreu bekannte Mittelstand angefangen hat, Standorte in das Ausland zu verlegen.

Der durch die vernachlässigte Infrastruktur verursachte Investitionsstau verschlingt gleichermaßen dringend anderweitig benötigte Mittel.

Darüber hinaus verstärkt das kontinuierlich regressive Bildungsniveau den ohnehin Demographie bedingten, branchenübergreifenden Fachkräftemangel. Besorgnis erweckend ist auch die gesellschaftliche Entwicklung, dass das Prinzip Leistung und Arbeit als einer der tragenden Säule des Wohlstandes und Prosperität unseres Landes nicht mehr als selbstverständlich angesehen wird.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass dem zukünftigen enormen Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand u. a. für die Verkehrs- und Energiesysteme, Verteidigung, Gesundheitswesen, Bildung und Digitalisierung die hohe Staatsverschuldung entgegensteht.

Der Industrieausschuss der IHK zu Dortmund verabschiedet daher die folgende Resolution als Empfehlung für die Vollversammlung, sich mit folgenden Forderungen zu positionieren:

1. Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Industrie sind die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation. Ohne die wirtschaftlichen und steuerlichen Erträge aus einer prosperierenden Industrie wird die Überführung in die Klimaneutralität in Frage gestellt. Die legislativen Weichenstellungen müssen sich daher nicht an abstrakten Idealen, sondern an der Realität ausrichten. Das schließt auch die dringend notwendige Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für die anstehenden Aufgaben ein. Anderenfalls brechen die tragenden Säulen unseres wirtschaftlichen Ökosystems in diesem Prozess in großen Teilen weg.
2. Anstatt von stetig steigenden Überregulierungen sollten Gesetze nur Ziele und Rahmenbedingungen vorgeben. Das mit der Überregulierung einhergehende Reportwesen belastet unverhältnismäßig hoch die Industrie und insbesondere den Mittelstand. Es bindet zudem dringend benötigte Ressourcen, die für Innovationen und die Lösungen zum Beenden der Rezession notwendig sind.
3. Die konsequente und schnelle Umsetzung der Digitalisierungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung und die Verschlinkung der Verwaltungsprozesse ist längst überfällig. Anstatt das jahrzehntealte Narrativ vom Abbau der Bürokratie weiter zu pflegen, müssen jetzt endlich messbare Taten folgen, die in den nächsten 5 Jahren zu einer spürbaren Erleichterung für die Industrieunternehmen führen. Es geht bei der Aufgabenstellung nicht mehr um den Ansatz, warum das so schwierig ist, sondern nur noch darum, wie und wie schnell das zu bewältigen ist.
4. Die Defossilisierung der deutschen Wirtschaft wird zu einem starken Anstieg des Strombedarfes führen. Der Bundesrechnungshof hat erst kürzlich festgestellt, dass die Energiewende nicht auf Kurs und eine Korrektur der Transformation dringend notwendig ist, um die Ziele Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähige Kosten und Klimaneutralität zu erreichen. Um dies sicherzustellen, ist es mehr als zwingend notwendig, die Ausgestaltung der Energieversorgung und das Marktdesign nicht an ideologischen Vorgaben, sondern an eine systemübergreifende und an den Realgegebenheiten bezogene Betrachtung auszurichten. Das derzeitige EEG-System wird die Kosten auch zukünftig weiter steigen lassen und sollte nicht mehr weitergeführt werden.
5. Steuererhöhungen zur Deckung des dringend benötigten Finanzierungsbedarfs der öffentlichen Hand für die anstehenden Aufgaben können nicht das Mittel der Wahl sein. Steuererhöhungen führen zu einer Verschärfung der Rezession, strukturell zu einer Benachteiligung des Wirtschaftsstandortes Deutschlandes führen und in Folge eine kontraproduktive Wirkung entfalten.

Für die anstehenden Finanzierungsanforderungen für öffentliche Körperschaften und Gesellschaften ist erkennbar, dass deren Eigenkapitalausstattung heute schon zu gering ist und es sich abzeichnet, dass diese weiter sinken wird.

Es bedarf daher dringend alternativer Finanzierungs- und Kooperationsmodelle, darunter zählen z. B. Public Privat Partnership und Fondsmodelle. In dem Zusammenhang sollte über die Rücknahme der Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen an Banken und Sparkassen, wenn diese Eigenkapital einbringen wollen (CRR III E „Basel III“: für 1€ eingebrachtes EK sind in der Bilanz der Bank 2,5 € EK zu bilden) nachgedacht werden.

Die bestehenden strukturellen Rahmenbedingungen für die Einbringung von Wagniskapital sollten so verändert werden, dass sie den dringend benötigten Einsatz von Wagniskapital in Deutschland nicht mehr erschweren, sondern fördern.

6. Gut ausgebildete Mitarbeiter und ambitionierter Nachwuchs sind schon jetzt kaum noch auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Das Bildungssystem muss daher dringend zukunftsfähig gestaltet werden. Das heißt, die Qualität des Bildungsniveaus muss wieder im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz einnehmen. Neben einem belastbaren Basiswissen im Umgang mit Sprache und Naturwissenschaften müssen Schlüsselkompetenzen aus Wirtschaft und Technologie mit aufgenommen werden. Darüber hinaus sind auch andere Maßnahmen zu ergreifen, um dem Fachkräftemangel in der Industrie entgegenzutreten. Dazu gehört eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Schaffung der Voraussetzung für die Vollzeittätigkeit von Eltern.
7. Die Industrie muss weiterhin eine ausreichende Versorgung mit Rohstoffen haben. Der intensive Ausbau der Kreislaufwirtschaft ist ein wesentlicher Baustein, aber sie kann systemisch bedingt nicht zu einer 100 % Versorgung beitragen. Daher muss die deutsche Industriepolitik darauf ausgerichtet sein, den Zugang zu zusätzlichen benötigten Rohstoffen zu sichern.
8. Innovationskraft und Fortschritt können auch in Zukunft nur erreicht werden, wenn Arbeit und Leistung - auch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung - wieder ein hoher Stellenwert zugesprochen werden und sie als unverzichtbare Säulen unseres Wohlstandes und der Prosperität unseres Landes gewürdigt und gefördert werden.
9. Durch eine Reduktion der steuerlichen Belastungen und der Abgaben bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird nicht nur die Motivation für Unternehmertum und Arbeitsleistung gesteigert, sondern gleichermaßen die Investitions- und Kaufkraft.
10. Ein souveräner, resilienter Industriestandort Deutschland kann nur durch wirtschaftsfördernde Rahmenbedingungen, die zu Optimismus und Zuversicht führen, wiederhergestellt werden. Dazu zählen insbesondere auch die Planbarkeit und Verlässlichkeit von Legislatur übergreifenden politischen Vorgaben. Nur so können wir unsere Wirtschaft zu dem machen, was sie eigentlich längst wieder sein könnte: ein Standort des Fortschritts, der Leistungskraft und der internationalen Anerkennung.